

Franz Josef Strauß, ehemaliger Bonner Kriegsminister, jetziger Bonner Finanzminister, Ritter des sogenannten Deutschen Ordens, Vorsitzender der CSU, Großmachtbauvater und Gangsterboß, ein Mann, der nicht einmal die berüchtigte „Spiegel-Affäre“ für immer ins zweite Glied verwerfen konnte, ein Mann, über den selbst ein Heimit Schmidt – genannt Schmidt-Schnauze –, sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender, nach den Koalitionsverhandlungen 1966 sagte, daß er eine Kröte sei, die man schlucken mußte – aber ein Mann der Hochfinanz, des westdeutschen Großkapitals, legte 1968 die Fortsetzung des Expansionsprogramms der Monopole, das er „Entwurf für Europa“ genannt hatte, unter dem Titel „Herausforderung und Antwort“ (Stuttgart 1968, Seewald Verlag) auf den Tisch.

Strauß hat seine gefährlichen Absichten keineswegs aufgegeben. Die Grundlinien der beiden Bände sind nahezu deckungsgleich. Die weltpolitische Entwicklung der letzten Jahre, das Scheitern der konterrevolutionären Umsturzversuche am 21. August 1968, der beharrliche Kampf der UdSSR um den Abschluß des Atomwaffenvertrages, das gescheiterte Vietnam-Abenteuer der USA, die französische Politik gegenüber dem sozialistischen Weltsystem und die innenpolitische Entwicklung in Westdeutschland haben ihn offenbar veranlaßt, bestimmte Thesen zu modifizieren.

Strauß – Sachwalter der Konzerne

Da er von seinem Ziel, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu korrigieren und die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus über Europa zu erringen, geradezu besessen ist, gelingt es ihm nicht immer, hinter dem Vorhang der von ihm entworfenen europäischen Zukunftsvision seine wahren Absichten zu verbergen. Ab und an zeigt er sein Gesicht – das Gesicht eines berechnenden, kein Risiko scheuenden Sachwalter der westdeutschen Bank- und Industriekonzerne. So führt er – wie schon so oft – an, daß es auf die Dauer kein Deutschland (gemeint ist Westdeutschland, G. K.) geben könne, „das wirtschaftlich ein Ries und politisch ein Zwerg ist.“ (S. 263) Da Politik in erster Linie eine Machtfrage sei, „eröffnet uns das Maß unserer Macht Chancen, und es setzt uns Grenzen.“ (S. 195) Darum geht es ihm – um die Macht, um die Macht seiner Hintermänner und um seine persönliche.

Im Interesse dieser von ihm angebeteten Macht des deutschen Imperialismus beharrt er auf den bekannten Grundthesen der Bonner Regierung von Adenauer bis Kiesinger, um den Status quo zu verändern.

Strauß ist strikt gegen jede Anerkennung der DDR und pocht auf den aggressiven Alleinvertragsanspruch. Von der DDR spricht er nur in Anführungszeichen, als „Sowjetzone“ oder „Pankow“. Zur Begründung wird nicht nur das „Selbstbestimmungsrecht“, das in der DDR angeblich täglich und stündlich verletzt worden sei und verletzt werde, arg strapaziert (S. 134 ff.), sondern es werden der DDR sogar Aggressionsabsichten gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik unterstellt. Das klingt unangehörig, aber Strauß tut es. So heißt es wörtlich, daß im Falle einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Bonner Regierung für die DDR „die konkrete Möglichkeit geschaffen“ wäre, „all ihre Kraft auf die Expansion zu konzentrieren.“ (S. 136) Für das Vorgehen von Franz Josef Strauß ist dabei charakteristisch, daß er Tatsachen, die seine Meinung zu rechtfertigen scheinen, verdreht oder erfindet, daß er bestimmte Sätze aus den Dokumenten der Regierung

Franz Josef Strauß' Griff in die Geschichte

Von Dr. Günter Katsch

der DDR oder der SED herausreißt und sie sinnenstehend interpretiert. All das, was offenkundig selbst den Bild-Zeitung-Leser zum Nüchternen veranlassen könnte, wird einfach ignoriert. So wird z. B. der Volksentscheid über die Annahme der sozialistischen Verfassung der DDR mit keinem Wort erwähnt.

Auch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze lehnt Strauß ab. Er würde einen solchen diplomatischen Akt lediglich in Erwägung ziehen, wenn die Volksrepublik Polen eine antisowjetische Haltung einnehmen würde. Da Strauß das für ausgeschlossen hält, ist er nicht bereit, über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu diskutieren (S. 137). Der 2. Weltkrieg ist für ihn nicht zu Ende.

Große Sorgen bereitet Strauß deshalb auch der Atomwaffenperrvertrag, den er – auch das dient der Irreführung – als „Atomwaffenvertrag“ bezeichnet. Alle bekannten, von der Bonner Regierung bis zum Überdruß vorgebrachten Scheinmotive werden von ihm angeführt.

Strauß' Plädoyer für ein bundesstaatliches „Europa der Völker“

Aus der Ablehnung des Status quo entwickelt Strauß sein politisches Glaubensbekenntnis, das er im ersten Buch „Vereinigte Staaten von Europa“ nannte. Dort hieß es bereits: „Ein einzelner europäischer Staat kann heute nicht mehr wirklichem Einfluß auf das globale Geschehen nehmen. Nur ein bundesstaatliches Europa der Völker wäre überhaupt in der Lage, die Interessen der europäischen Nationen gegenüber den Weltmächten kontinentaler Größenordnung (gemeint sind die UdSSR und die USA, G. K.) wirkungsvoll zur Geltung zu bringen.“ (Stuttgart 1968, S. 9) Ganz im Sinne dieses vermeintlichen Ausweges heißt es im zweiten Buch: „Wir können nur Deutsche bleiben, wenn wir Europäer werden.“ (S. 129) Das ist der Kern

beider Bücher. Auf den darin zum Ausdruck kommenden Zusammenhang von spätbürgerlichem Nationalismus und nationalem Nihilismus ist von marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern bereits mehrfach und ausführlich hingewiesen worden.

Was Strauß in Wirklichkeit will, ist das englisch-französiche Atombombenpotential. Sein Buch enthält einen genauen Plan, wie es allmählich in die Hände des westdeutschen Monopolkapitals gelangen könnte (S. 189).

Als scheinbar zwingende Gründe für die Notwendigkeit seiner „Auflockerung Europas“ führt Strauß im wesentlichen drei Faktoren an, die unterschiedliches Gewicht besitzen:

Den Hauptgrund sieht er in der angeblichen Bedrohung der westeuropäischen Länder durch die UdSSR und die Warschauer Vertragsstaaten. Es gibt keine einzige Seite in dem ganzen Buch, auf der das Wort Sowjetunion ohne herabsetzende oder diskriminierende Adjektive gebraucht wird. So wird der KPdSU z. B. die Geschichte des russischen Zerkismus zur Last gelegt. Nach Strauß habe es durch Jahrhunderte hindurch einen aggressiven russischen Militarismus gegeben. Dessen Erbe hätten die Bolschewiki angetreten. Seit 1917 sei die „imperialistisch-militärische“ Komponente lediglich durch eine „ideologisch-revolutionäre“ ersetzt worden. Daß Lenin, der teilsige Erbe von Marx und Engels, als Politiker dargestellt wird, der Niccolò Machiavelli zum erklärten Vorbild gehabt habe, zitiert zu den geringsten Ausmaßen des Franz Josef Strauß (S. 134 und 39) Seine Hallstraden übertrifft stellenweise noch die des „Schwarzen Korps“ oder gewisser Epigonen der George-Schule.

Den zweiten, allerdings weitaus weniger wichtigen Grund bildet die Furcht von Strauß, daß die USA mit sich selbst genügend zu schaffen hätten und an Europa, besonders an Westdeutschland, merklich an Interesse verlören. Diese Furcht gibt er wiederholt offen zu. So heißt es, „daß totale militärische Abhängigkeit von den USA die Entscheidung über die letzten Fragen der Sicherheit den nicht immer berechenbaren Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik überläßt.“ (S. 132). Selbst die stärkste Macht des Imperialismus erscheint Strauß als Bündnispartner für die Verwirklichung seiner abenteuerlichen Politik zu unsicher.

Einen dritten Grund erblickt Strauß in dem faktischen Zurückbleiben der westeuropäischen Länder gegenüber der

UdSSR und den USA. Dabei unterlaufen ihm interessante Eingeständnisse darüber, daß die USA gegenüber ihren westeuropäischen „Verbündeten“ Methoden des Konkurrenzkampfes anwenden – z. B. systematische Abwerbung von Hochschulkadern –, die der Bonner Staat vor dem 13. August 1961 gegenüber der DDR praktiziert hat. (S. 140 ff.)

Strauß' Geschichts(zerr)bild

Neu an dem zweiten Buch von Strauß ist, daß er sich an der Geschichte vergreift, die dazu herhalten muß, daß die UdSSR eine Macht sei, die angeblich mit Europa nichts gemein habe, daß das Zeitalter der Nationen endgültig vorbei sei und dergleichen mehr. Die von westdeutschen Historikern entwickelten Leitlinien – von der Europaideologie bis zur Totalitarismuskritik – werden zu Rate gezogen. Kein Wunder, daß die Geschichte auf Schritt und Tritt verfälscht wird.

Der 1. Weltkrieg war nach Strauß kein imperialistischer Krieg, an dem das deutsche Monopolkapital die Hauptschuld trug – das wird auch von maßgeblichen bürgerlichen Historikern wie A. J. Toynbee akzeptiert –, sondern der „geradezu klassische Fall eines durch Verwirrung und Fehleinschätzung entstandenen Konfliktes“ (S. 22).

Schuld am 2. Weltkrieg sei nach Strauß vor allem die UdSSR gewesen, da sie sich davon entscheidende Fortschritte auf dem Wege zur Weltrevolution und Weltbeherrschung“ (S. 25) erhofft habe. Ansonsten trage Hitler persönlich die Schuld (S. 49). Das erinnert an das berühmte Machwerk „Der erzwungene Krieg“ eines David Hogan, der derartige Geschichtsfälschungen begibt, daß er zunächst nicht einmal in den USA – seinem Heimatland – einen Verleger fand.

Die Betrachtung der Geschichte nach 1945 fügt sich harmonisch in dieses Zerrbild ein. Man ist deshalb schon gar nicht mehr verwundert, von Strauß darüber be-

lehrt zu werden, daß nicht die USA im trauten Verein mit der westdeutschen Monopolkapital-Deutschland aufgespalten haben, sondern daß daran die UdSSR schuld sei (S. 38) oder daß die Bevölkerung der DDR bereits 35 Jahre unter einer Diktatur lebe (S. 142). Strauß freilich war schon seit 1939 gegen Hitler, sagt er jedenfalls (S. 48).

Anmerkungen über Strauß' geistige Berater

Damit seine Konzeption an Glaubwürdigkeit gewinnt, hat Strauß zahlreiche geistige Anleihen aufgenommen. Kronzeugen für seine Thesen sind der antikomunistische französische Publizist Jean-Jacques Servan-Schreiber, der amerikanische Unterstaatssekretär George Wildman Ball und Zbigniew Brzezinski. Auf dem Umwege über das Buch Servan-Schreibers „Die amerikanische Herausforderung“ hat sich Strauß einige wenige Elemente der Geschichtsphilosophie von Arnold Joseph Toynbee angeeignet. Der Titel seines Buches ist mit der Überschrift des V. Kapitels aus Toynbees Werk „Der Gang der Weltgeschichte“ identisch; Herausforderung und Antwort. Toynbee, nach Oswald Spengler Begründer einer weiteren Zyklentheorie, die ihm und seinem westdeutschen Epigonen Othmar F. Auerle von anderen bürgerlichen Historikern den Verweis eintrug, ein Unglücksprophet zu sein, entwickelte die Ansicht, daß die Umwälte der Menschen herausfordere. Er unterscheidet u. a. den Anreiz der harten Länder, des Neulands, der Schläge, des Druckes und der Belastungen. In der Antwort auf diese Herausforderungen haben sich nach Toynbee die Kulturen gebildet. Von Strauß wird der Begriff „Herausforderung“ politisiert. Für ihn ist der Sieg der UdSSR über den Faschismus die „geschichtliche Katastrophe unseres Jahrhunderts.“ (S. 28) Darauf will er antworten. Neben Toynbee hat Strauß eine Vielzahl von Philosophen und Historikern beschworen, aus deren Werken er einzelne Stellen herausgerissen und in seine Fassung der Geschichte eingegliedert hat. Wir lesen die Namen von Franz Schnabel, der in den sogenannten „synchronoptischen Skandal“ verwickelt war, von José Ortega y Gasset, der den Volksmassen die Fähigkeit absprach, ihr eigenes Dasein zu gestalten und lenken zu können, ja, es ihnen in seltener Überheblichkeit sogar verbot, von Theodor Schieder, eines führenden Historikers der Gruppierung um Hans Rothfels, von Graf Condéhouve-Calergi, der die reaktionäre Pan-Europa-Bewegung begründete, von Ernst Jünger, eines ideologischen Wegbereiters des deutschen Faschismus und anderen mehr.

Wir brauchen keine von Atomwaffen starrenden „Vereinigten Staaten von Europa“ unter der Führung des westdeutschen Imperialismus, sondern die kollektive europäische Sicherheit. Das hatte selbst der von antikomunistischen Vorbehalten nicht freie Toynbee erkannt, als er bereits 1950 schrieb: „Was die gegenwärtige Lage offensichtlich erfordert, ist eine freiwillige Vereinigung der friedliebenden Völker der Welt in genügender Stärke und mit ausreichendem Zusammenhalt, so daß sie unangreifbar wäre für jeden, der sich von diesem kollektiven Sicherheitspakt ausschließt oder ihn bricht.“ Das hat Strauß aber sicher nicht einmal gelesen. Die Bedenken, die der britische Geschichtsphilosoph und Historiker zeit seines Lebens gegenüber dem deutschen Nationalismus und Chauvinismus hegte, werden in der Gegenwart von Kräften geteilt, die die sozialistischen Länder bis zu bürgerlichen Kreisen in den imperialistischen Kreisen umfassen. Franz Josef Strauß kann sicher sein, die gebührende Antwort auf seine Herausforderung zu erhalten.

Provokation unter Polizeischutz Oder: Jeder blamiert sich, so gut er kann

Mit einem massiven Vorstoß unter breiter Beteiligung von Neonazis will die Regierung Kiesinger/Herrn Brandt ihre Pläne, die selbständige politische Einheit Westberlin dem Herrschaftsbereich des westdeutschen Monopolkapitals einzuverleiben, der Verwirklichung einen Schritt näher bringen. Die Annexion Westberlins soll eine erste Stufe des von Strauß konzipierten Programms zur „Neuordnung Europas“ unter Vorrherrschaft des westdeutschen Imperialismus sein. Aber wie stets in der Geschichte verkennt der deutsche Imperialismus die Grenzen seiner Macht, die ihm das internationale Kräfteverhältnis setzt.

Schon heute hat sich die provokatorische Absicht, in Westberlin die Bundesversammlung tagen zu lassen, in eine politische Niederlage für Bonn verkehrt:

Ein weiteres Mal und mit zunehmender Deutlichkeit beweist die Bundesregierung, daß sie sich um die Interessen der Westberliner keinen Pfifferling schert. Zwar salbadern Springers und der IG Farben Zeitungen unaufrichtig davon, daß man eben im Interesse der Westberliner „hart bleiben“ müsse, aber die gleichen Blätter berichten von umfangreichen Vorbereitungen gegen erwartete Aktionen der Westberliner, die ihre Stadt nicht zur Verschärfung des expansionistischen und revanchistischen Bonner Kurses mißbrauchen lassen wollen:

Ein besonderes Problem war für den Alldeutschen eine Garantie der Sicherheit der Bundesversammlung vor Störungen.

Auf Gefährten gegen Störungen legt auch der Bundeskanzler entscheidenden Wert. Man nimmt an, daß sich der Regierungsbürgermeister von Berlin, gerade in seinen letzten Gesprächen in Bonn in dieser Hinsicht entschlossen geäußert hat. Viele Abgeordnete meinen allerdings, die Berliner Polizei werde sich dann anders als bei manchen bisherigen Vorfällen der letzten Zeit verhalten müssen; sie habe eine sehr schwierige Aufgabe.

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 13. 2. 1969)

Eine „sehr schwierige Aufgabe“! Schau an – wegen einer klitzekleinen Miniminderheit, wie die Springer-Journale ihren Lesern glauben machen will?

Halten wir fest: Ein immer größerer Teil der Westberliner Bevölkerung erkennt die Störenfriedrolle Bonns in Europa und wehrt sich gegen die Einbeziehung ihrer Stadt in solch gefährliche Manöver.

Politischer Erfolg oder politische Niederlage für Bonn?

2. Sind schon Polizeivorbereitungen zur Sicherung einer Präsidentenwahl nicht eben ein Zeichen von Stärke – es gibt noch mehr Anhaltspunkte dafür, daß Bonn sich mit Gewalt lächerlich machen will. Man denke an die Reaktionen auf die Schutzmaßnahmen unserer Republik.

Vorläufig machen sich die Wahlmänner noch die Hoffnung, sie seien von den Sperrern der DDR nicht betroffen, da sie ja fliegen könnten. Doch weiß keiner, wie sicher die Luftkorridore sind.

(„Süddeutsche Zeitung“, 11. 2. 1969)

Aber damit nicht genug: Bonn hat Schwierigkeiten, seine Wahlmänner zusammenzubringen.

Aus den Landtagen hört man, der eine oder andere habe sich als Wahlmann nicht zur Verfügung gestellt, weil er aus politischen Gründen gegen eine Wahl in Berlin sei. Andere konnten sich mit „Krankheit“ entschuldigen. Die Fraktionen machen sich schon Gedanken, ob die in den beiden ersten Wahlgängen erforderliche absolute Mehrheit aller 1936 Wahlmänner überhaupt zustande kommen kann. Doch wenn auch diese Härde genommen ist, droht das Schreckgespenst APO in Berlin mit Störungen.

(„Süddeutsche Zeitung“, 11. 2. 1969)

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir zweifeln nicht daran, daß sich schließlich doch genug gewissenlose Hasardeure finden werden, aber allein, daß solche Erörterungen nötig werden – politischer Erfolg oder politische Niederlage für Bonn?

3. Am allerärmsten benehmen sich jene Westberliner Gazetten, die alle Gegner des Bonner Annexionsabenteuers – z. B. die Konvente, die gewählten Studentenvertretungen beider Westberliner Universitäten – damit zu verleumdern suchen, sie machten Ulbrichts Politik.

Gewiß, all jene, die sich gegen die geplante Provokation wenden, unterstützen die Politik der DDR. Tun sie das um unserer schönen blauen Augen willen?

Nicht Ulbrichts wegen, sondern weil sie die Politik des Staates, der Partei, die Genosse Ulbricht leitet, als vernünftig, dem Frieden und der europäischen Sicherheit dienend erkennen – ganz im Gegensatz zu der der Herren Kiesinger, Strauß und Brandt – befinden sich viele Westberliner und westdeutsche Demokraten im Einklang mit unserer Politik. Genauso wie übrigen Politiker und überhaupt Menschen mit gesundem Verstand in der ganzen Welt.

Solcherart Erfahrungen mit der grundverschiedenen Politik in beiden deutschen Staaten hüfen sich. Politischer Erfolg Bonns oder Stärkung der politischen Position der DDR? Die Antwort ist schon heute eindeutig.

rom